

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: - (1998)
Heft: 1: Strom ohne Atom : die neue Initiative

Artikel: Strom ohne Atom : Energiewende jetzt!
Autor: Braunwalder, Armin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586016>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

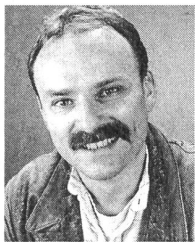


**Energiewende schafft
Arbeitsplätze. Herstellen
von Selbstbau-Kollektoren.**

Bild: Reto Schmid

Strom ohne Atom - Energiewende jetzt!

Am 23. September des Jahres 2000 läuft der zehnjährige Baustopp für Schweizer Atomkraftwerke aus (Moratorium). Die vergangenen zehn Jahre haben bestätigt: Die Schweiz braucht kein neues AKW - weder heute noch in Zukunft. Europaweit herrscht Stromüberfluss. Die alternden Atomkraftwerke werden durch die Strommarktöffnung zu Investitionsruinen. Rund 40 Umweltorganisationen und politische Parteien lancieren deshalb Mitte April 1998 gemeinsam zwei neue Volksinitiativen. Die Schweizerische Energie-Stiftung unterstützt das Initiativ-Projekt mit vollem Engagement. Die Energiewende ist fällig.



**Von Armin
Braunwalder,
Geschäftsleiter
Schweizerische
Energie-Stiftung,
Präsident Verein
Strom ohne Atom**

Sieben Jahre nach dem Moratoriumsentscheid des Schweizer Volkes stellt sich erneut die Frage: Wie sieht die schweizerische Stromversorgung der Zukunft aus? Die AKW-Betreiber und der Verband der Schweizerischen Elektrizitätswerke (VSE) steuern weiterhin voll Atomkurs. In dunkelsten Farben malt der VSE eine drohende "Stromlücke" an die Wand, weil die Atomkraftwerke ab dem Jahr 2009 nach 40jähriger Betriebszeit schrittweise abgestellt werden müssen. Diese "Lücke" ist ein Konstrukt, das auf wackeligen und fragwürdigen

Annahmen beruht. So werden beispielsweise die enormen Einsparpotentiale bei der Nutzung von Elektrizität schlichtweg ausgeblendet und die Möglichkeiten der dezentralen Stromproduktion krass unterschätzt. Die Phantasie der Atomstomer, wie ihre prognostizierte "Lücke" gefüllt werden soll, erschöpft sich in drei ökologisch bedenklichen Varianten: Stromimport, Bau von neuen Atomkraftwerken oder Bau von fossilen Grosskraftwerken. Ins Zentrum rückt jedoch immer mehr folgende Variante: Die Betriebszeit der AKW soll weit über 40 Jahre hinaus verlängert werden können, solange sie - so der VSE - "sicher und wirtschaftlich" sind. Als ob sie heute sicher und wirtschaftlich wären. Gleichzeitig will der VSE nach Ablauf des Moratoriums im revidierten Atomgesetz "eine flexible Lösung" einführen: Das fakultative Referendum beim Neubau von Atomkraftwerken. Damit will der

VSE "die Offenhaltung der 'Option Kernenergie' konkretisieren".

Milliarden für AKW

Die Schweiz braucht kein neues Atomkraftwerk - weder heute noch in Zukunft. Wir schwimmen im Strom, europaweit. Die Schweizer Elektrizitätswirtschaft produziert "dank" Atomkraftwerken und Beteiligungen am französischen AKW-Park gewaltige Stromüberschüsse. Allein im Jahr 1994 war die Schweizer Stromproduktion rund 40 Prozent höher als der Verbrauch. Das hat zweifach negative Folgen: Einerseits erschwert diese Stromschwemme die Ausschöpfung von Stromsparpotentialen und den Marktzutritt von effizienten und neuen Energietechnologien. Andererseits muss der überflüssige Atomstrom auf dem übersättigten europäischen Markt mit Milliardenverlusten verschertelt werden. Die Zeche zahlen die KonsumentInnen mit überhöhten Stromtarifen. Allein den Betrieb des unrentablen AKW Leibstadt subventionieren sie so mit 320 Millionen Franken pro Jahr - das entspricht knapp einer Million Franken pro Tag! Diese Fehlinvestitionen will sich der VSE nun auch noch vergolden lassen. Er macht die hohle Hand und präsentiert eine Rechnung über 8 Milliarden Franken "nicht amortisierbarer Investitionen". Davon entfallen gemäss ei-

ner Studie der Crédit Suisse First Boston 2,62 Milliarden Franken auf das AKW Leibstadt.

Doch damit nicht genug: Gemäss offiziellen Zahlen des Bundesrates werden sich die Gesamtkosten für die Stilllegung der fünf Schweizer Atomkraftwerke und die nach wie vor ungelöste "Entsorgung" des Atommülls auf über 16,2 Milliarden Franken belaufen. Der Basler SP-Nationalrat und Energiespezialist Ruedi Rechsteiner kommt aufgrund einer Analyse des renommierten Treuhandbüros "Coopers & Lybrand" zu einem niederschmetternden Befund: "Weder sind die nötigen Gelder für die Entsorgung sichergestellt, noch ist die Finanzierung im Hinblick auf die Strommarktöffnung ausreichend." Die Sicherstellung dieser Finanzierung durch die AKW-Betreiber wird durch die Strommarktöffnung immer fraglicher. Die Konkurrenz durch Gas-Kombi-Kraftwerke und effiziente Wärmekraftkoppelung ist enorm. Solche Anlagen können schneller und günstiger gebaut werden. Der Strom, den sie produzieren ist bedeutend billiger als Atomstrom. Die Schere, die sich da öffnet, ist dramatisch: Dem enormen Kapitalbedarf für Stilllegung und "Entsorgung" werden weiter wachsende Verluste aus dem Verkauf von nicht konkurrenzfähigem Atomstrom gegenüberstehen.

Mitsprache und Deklarationspflicht

Das geltende AKW-Moratorium hat sich bewährt. Die rationelle Energienutzung und die erneuerbaren Energien haben dadurch einen merklichen Schub bekommen. Im Rahmen des Bundesprogramms "Energie 2000" konnten in diesen Bereichen bereits mehrere Tausend Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden. Das Programm zeigt zwar gute Ansätze. Doch es fehlt die Breitenwirkung. Diese wird sich erst ergeben, wenn auch die politischen Rahmenbedingungen stimmen. Die Fortsetzung des Moratoriums und die Einführung einer Energie-Lenkungsabgabe, wie sie die Energie-/Umwelt- und Solarinitiativen fordern, schaffen die Voraussetzungen, damit sich das Pflänzchen "Energie 2000" zum stattlichen Baum entwickeln kann.

Die Volksinitiative "MoratoriumPlus" will deshalb den AKW-Baustopp um weitere zehn Jahre verlängern - damit in dieser Beziehung weiterhin klare

Verhältnisse herrschen. Gleichzeitig soll die demokratische Mitsprache bei Betriebszeitverlängerungen von bestehenden Atomkraftwerken durch die Einführung des fakultativen Referendums gestärkt werden. Dies im Gegensatz zum VSE, der diese Mitsprache nur bei Neubauten zulassen will. Doch Neubauten sind gar kein Thema. Hingegen werden Betriebszeitverlängerungen von den AKW-Betreibern offen ins Auge gefasst. Hier geht es um die Sicherheit der gesamten Bevölkerung und um die weitere Erhöhung des atomaren Risikos. "MoratoriumPlus" will deshalb dem Volk das letzte Wort geben: Wenn die AKW länger als 40 Jahre am Netz bleiben sollen, hätten die StimmbürgerInnen zu entscheiden, ob das Risiko der ins Alter kommenden, immer gefährlicher werdenden Atomreaktoren noch länger tragbar ist! Die AKW Beznau 1, Mühleberg sowie Beznau 2 würden 2009 und 2011/12 vor dieser neuen demokratischen Hürde stehen.

"MoratoriumPlus" beinhaltet zwei weitere wichtige Neuerungen. Erstens werden nukleare Leistungserhöhungen ausdrücklich untersagt. Denn 10 Prozent mehr Leistung bei allen Atomkraftwerken entsprechen einem neuen 300 Megawatt-Reaktor. Dadurch steigt die Gefahr einer atomaren Katastrophe um 15-20 Prozent. Umgehungen, wie sie der Bundesrat

kurz nach dem Volksentscheid von 1990 praktizierte, würden künftig ausgeschlossen. Zweitens soll eine Deklarationspflicht für Strom eingeführt werden. Damit wird die Stellung der StromkonsumentInnen gestärkt: Sie sollen in Zukunft wissen, wo und wie der Strom produziert wird, der aus ihren Steckdosen fliesst. Die KonsumentInnen bekommen dadurch die Möglichkeit, den Bezug von Atomstrom (oder ausländischem Kohlestrom) abzulehnen und durch gezielte Nachfrage die Produktion von Strom aus einheimischen erneuerbaren Energiequellen zu stärken.

Einsparpotential: 40 Prozent

Einen Schritt weiter als "MoratoriumPlus" geht die zweite Volksinitiative "Strom ohne Atom". Sie fordert die schrittweise Stilllegung der fünf Atomkraftwerke nach einer Betriebszeit von 30 Jahren. Die Altreaktoren Beznau und Mühleberg müssten zwei Jahre nach Annahme der Initiative abgeschaltet werden. Die AKW Gösgen und Leibstadt könnten noch bis im Jahr 2008 beziehungsweise 2014 am Netz bleiben.

Dass der Ausstieg aus der Atomenergie für die Schweiz nicht nur theoretisch möglich, sondern auch praktisch machbar ist, belegen mehrere seriöse Studien. Nach den EGES-Szenarien des Bundes, welche die

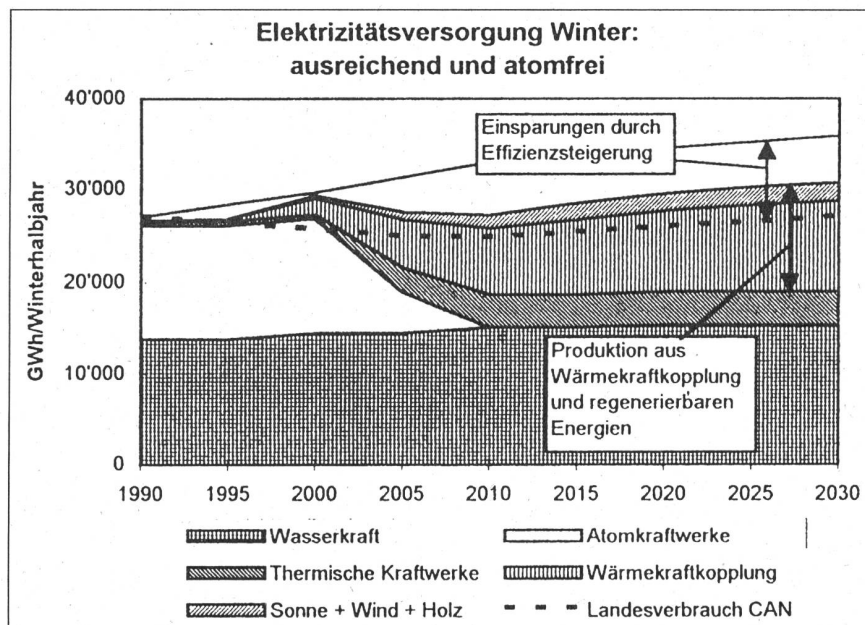
Stopp Wiederaufarbeitung

Die SES überreichte Bundesrat Leuenberger im letzten Herbst mit über 7000 Unterschriften die Petition "Stopp Wiederaufarbeitung - Stopp Plutoniumwirtschaft." Die Volksinitiative "Strom ohne Atom" fordert ebenfalls den sofortigen Ausstieg aus der Wiederaufarbeitung von abgebrannten Brennelementen aus Schweizer AKW. Die Schweizer AKW-Betreiber exportieren dadurch gewaltige Mengen von Radioaktivität ins Ausland. In der Umgebung der Wiederaufarbeitungsanlagen La Hague (F) und Sellafield (GB) tritt durch die hohe radioaktive Belastung der Umwelt Leukämie (Blutkrebs) bei Kindern nachweislich häufiger auf, Meerwasser und Böden sind verseucht. Hinzu kommt, dass durch die Wiederaufarbeitung das Problem der radioaktiven Abfälle zusätzlich verschärft wird. Der Hamburger Senator Fritz Vahrenholt bringt auf den Punkt, weshalb wir aus der Wiederaufarbeitung aussteigen müssen: "Es ist unser politisches Ziel, die Wiederaufarbeitung so schnell wie möglich aufzugeben, sowohl aus ökonomischen als auch aus umweltpolitischen Gründen. Die Wiederaufarbeitung ist viel zu teuer. Ferner erzeugt sie einen Plutoniumkreislauf, der aus meiner Sicht neue Risiken mit sich bringt." Dieses Plädoyer hielt Vahrenholt nicht irgendwo. Es ist nachzulesen im Bulletin des Forums Verantwortung für die Entsorgung radioaktiver Abfälle (Vera 4/97), das gesponsort wird von der Nagra...

grundsätzliche Machbarkeit aufzeigen, wies die Studie der Coalition Anti-Nucléaire (CAN) Mitte der 90er Jahre den konkreten Weg: Innert zehn Jahren lässt sich der Schweizer Atomstrom durch effizientere Nutzung von Elektrizität und alternative, dezentrale Produktion (Wärme- und Koppelkraft, Sonnen-, Wind- und Holzenergie) ersetzen. Auch eine VSE-Studie kommt pikanterweise zum Schluss, dass die Schweiz in Zukunft gar keine Atomkraftwerke mehr braucht. Sie liessen sich durch den breiten Einsatz von Blockheizkraftwerken ersetzen. Ausgeblendet werden hier die Einsparpotentiale durch rationelle Nutzung von Elektrizität. Doch diese sind enorm. Die Schätzungen der EGES-Szenarien lagen bei 30-40 Prozent. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch die CAN-Studie. Dass diese Perspektiven realistisch sind, zeigt sich im neuesten Bericht des Club of Rome, "Faktor vier". Darin weisen die Autoren nach, dass sich der Energieverbrauch halbieren lässt - bei mehr Lebensqualität und massiv reduziertem CO₂-Ausstoss. Ricardo Diez-Hochleitner, Präsident des renommierten Clubs, kommt zum Schluss, dass durch eine "Effizienzrevolution" und die konsequente Nutzung erneuerbarer Energiequellen "die Nutzung von Kernenergie verzichtbar sein wird." Global, wohlverstanden.

Chance für neue Arbeitsplätze

Diese Energiewende ist nicht nur eine ökologische, sondern angesichts der wachsenden Arbeitslosigkeit auch eine sozialpolitische Herausforderung ersten Ranges. In der Schweiz sind



Quelle: CAN-Studie "In die Zukunft ohne Atomenergie" 1995

die Voraussetzungen für den Umstieg auf eine nachhaltige Energieversorgung geradezu ideal: Der politische Wille ist in weiten Kreisen vorhanden und das Know-how ist da. "Energieeffizienz und zukunftsweisende Technologien werden in der ganzen Welt steigenden Absatz finden. So kann die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft gestärkt und können Arbeitsplätze in zukunftsträchtigen Branchen geschaffen werden", brachte es Bundesrat Moritz Leuenberger auf den Punkt. In welchem Ausmass die Schweiz diese Chance zu nutzen versteht, hängt jedoch entscheidend von den politischen Rahmenbedingungen ab.

Die CAN-Studie rechnet bei einem Ausstieg aus der Atomenergie innert zehn Jahren mit einer Untergrenze von rund 12'000 neuen Arbeitsplätzen.

zen. Eine Studie der Metron beziffert deren Zahl in einem Zeitraum von 20 bis 25 Jahren gar auf 35'000 bis 53'000. Diese Arbeitsplätze würden durch verstärkte Massnahmen in folgenden Bereichen entstehen: Wärmetechnische Sanierungen; Stromsparen in Haushalten; Dienstleistung und Industrie; Ersatz von Elektroheizungen; Bau von Blockheizkraftwerken und Wärme- und Koppelkraftanlagen sowie Sonnenkollektoren und Photovoltaikanlagen. Beide Studien gehen von einer starken Dezentralisierung der Energieversorgung und der Einführung von Lenkungsabgaben aus.

Energiewende jetzt!

Die Katastrophe von Tschernobyl zeigt die verheerenden ökologischen, sozialen und gesundheitlichen Langzeitfolgen eines GAUs. Mit der Liberalisierung des Strommarktes zeichnet sich auch das ökonomische Desaster der Atomenergie ab. Gleichzeitig steigt damit die Gefahr, dass der Kosten- und Konkurrenzdruck zu Abstrichen bei Sicherheitsmassnahmen in AKW-Betrieben führen wird. All dies lässt eigentlich nur einen vernünftigen Schluss zu: Je schneller die Atomkraftwerke stillgelegt werden, desto kleiner der volkswirtschaftliche Gesamtschaden. Die "Option Atomenergie" weiterhin offenzuhalten und damit den Status quo weiter zu zementieren, wäre fatal. Die Energiewende ist fällig. Nicht irgendwann in ferner Zukunft. Sondern jetzt!

Danke für Ihre Unterstützung!

Die beiden Volksinitiativen werden getragen vom Verein "Strom ohne Atom", dem über 40 nationale, regionale und lokale Umweltorganisationen sowie Parteien angehören. Die Schweizerische Energie-Stiftung (SES) und Greenpeace haben die Federführung übernommen. Die SES engagiert sich personell und finanziell stark für das Initiativprojekt. Wir gelangen deshalb nach der Lancierung mit einem Spendenaufruf an unsere Mitglieder und GönnerInnen. Sie werden dabei auch die Gelegenheit haben, die Initiativen zu unterschreiben. Mit Ihrer Spende stärken Sie das Engagement der SES für die Energiewende. Und mit Ihrer Unterschrift tragen Sie aktiv dazu bei, dass die Volksinitiativen zustande kommen. Für Ihre tatkräftige Unterstützung danken wir Ihnen bereits jetzt ganz herzlich! Falls Sie sich darüber hinaus persönlich für "Strom ohne Atom" engagieren möchten, so wenden Sie sich am besten direkt an die Geschäftsstelle des Vereins. Freiwillige Helferinnen und Helfer sind sehr willkommen: Heinrichstrasse 147, Postfach 2322, 8031 Zürich. Tel. 01 / 440 59 10, Fax 01 / 440 59 11, email: soa@access.ch (siehe Talon Seite 24).